



## **Bericht und Beschlussempfehlung**

### **des Finanzausschusses**

#### **Mittel aus nachrichtenlosen Bankkonten für gemeinnützige Zwecke sowie Start-ups nutzen**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/2335

#### **Stiftung zur Verwendung der Mittel aus nachrichtenlosen Konten einrichten**

Alternativantrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/2578

Der Finanzausschuss hat zu den ihm durch Plenarbeschluss vom 19. November 2020 überwiesenen Anträgen schriftliche Stellungnahmen eingeholt und sich zuletzt am 16. September 2021 mit den Anträgen befasst. Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der SPD empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den SPD-Antrag Drucksache 19/2578 abzulehnen. Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW bei Enthaltung der SPD empfiehlt der Ausschuss, den Koalitionsantrag Drucksache 19/2335 in folgender Fassung anzunehmen:

**„Mittel aus nachrichtenlosen Bankkonten sinnvoll verwenden**

Der Landtag bittet die Landesregierung, eine Bundesratsinitiative zu starten mit dem Ziel,

1. ein zentrales Register für nachrichtenlose Konten in Deutschland zu etablieren, mit dessen Hilfe berechnigte Personen ihr Vermögen leichter aufspüren können,
2. zwei durch die KfW verwaltete Fonds aufzulegen, auf die das Guthaben dieser Konten nach einer geeigneten Zeit der Nachrichtenlosigkeit jeweils hälftig transferiert wird, um daraus gleichermaßen gemeinnützige Zwecke zu unterstützen als auch deutschen Start-ups Risikokapital zur Verfügung zu stellen,
3. dabei sicherzustellen, dass die finanziellen Ansprüche der Kontoeigentümer beziehungsweise deren Erben erhalten bleiben und aus dem Fondsvermögen bedient werden können, sowie
4. die Bundesregierung aufzufordern, insbesondere zu prüfen, welche Konten infolge von nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen an der jüdischen Bevölkerung nachrichtenlos geblieben sind, und sicherzustellen, dass die Mittel daraus vollständig an die Rechtsnachfolgerinnen und Rechtsnachfolger zurückgeführt werden.“

Stefan Weber  
Vorsitzender